



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Feuerwehr und
Gefahrenabwehr**

**Fachbereich Ordnung und
Bürgerservice**

Bereich Ordnung und Verkehr
Schießgrabenstraße 7

Auskunft erteilt

Herr Lauterschlag, Zimmer 1.11

Telefon

309 – 3320

Telefax

309 – 3292

Email

dennis.lauterschlag@stadt.lueenburg.de

Mein Zeichen

10 24 63

Datum

18.07.2025

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Ausschuss für Feuerwehr und Gefahrenabwehr

▼ Sitzung vom:

23.06.2025

▼ Sitzungsort

**Feuerwehr-Mitte, Großer Sitzungssaal, 21337 Lüneburg,
Lise-Meitner-Straße 12**

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

16:08 - 17:28 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzende

Dezernent

Protokollführerin

Bendorf

Moßmann

Froh



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Carmen Maria Bendorf

Mitglieder des Gremiums

Herr Christian-Tobias Gerlach

Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

Frau Antje Henze

Vertretung für: Herrn Uwe Nehring

Frau Christel John Bürgermeisterin

Frau Andrea Kabasci

Vertretung für: Herrn Martin Lühmann

Herr Jörn-Christian Manzke

Grundmandat

Herr Cornelius Grimm

Herr Dirk Neumann

Beratende Mitglieder

Herr Sven Heine

Herr Godeke Klinge

Vertretung für: Herrn Ingo Perkun

Herr Frank Maruhn

Herr Thorsten Pingel

Herr Rainer Utermöhlen Stadtbrandmeister

Gäste

Herr Tobials Glor

Herr Florian Vierroth

Verwaltung

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Herr Patrick Klose FBL 3a

Frau Barbara David , FBL 5-1

Herr Dennis Lauterschlag BL 32

Herr Paul Hoffmann B 32

Frau Ann-Kristin Jenckel 01P

Frau Julia Reimers

Protokollführung

Frau Mareike Pickbrenner

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des Protokolls vom 27.02.2025**
- 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5 Einwohnendenfragen**
- 6 Sachstandsbericht zu eingeleiteten Maßnahmen mit ordnungsrechtlichem Bezug
bezogen auf die Innenstadtssituation
Vorlage: VO/11925/25**
- 7 Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Bendorf begrüßt die Ausschussmitglieder des Ausschusses für Feuerwehr und Gefahrenabwehr sowie die weiteren Teilnehmenden – insbesondere Frau David, Fachbereichsleiterin 5-1 – Soziales und Integration –.

Anschließend stellt sich Herr Klose, neue Leitung des Fachbereichs 3a – Ordnung und Bürgerservice –, kurz den Teilnehmenden vor.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 27.02.2025

Das Protokoll vom 27.02.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Ausschussvorsitzende Bendorf stellt fest, dass es keine Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil gibt.

zu 5 Einwohnendenfragen

Ausschussvorsitzende Bendorf stellt fest, dass keine Einwohnendenfragen vorliegen.

zu 6 Sachstandsbericht zu eingeleiteten Maßnahmen mit ordnungsrechtlichem Bezug bezogen auf die Innenstadtsituation Vorlage: VO/11925/25

Erster Stadtrat Moßmann erwähnt einleitend die in den Rat eingebrachten Anträge der CDU- und SPD-Fraktion sowie die Anfrage der CDU-Fraktion bzgl. der Sicherheit in der Innenstadt, die man mit dem heutigen Sachstandsbericht natürlich erfassen möchte. Gleichwohl sei der Sachstandsbericht hiervon unabhängig beabsichtigt gewesen und die Beratung der Anträge bleibe selbstverständlich dem Rat vorbehalten. Für die Beratung wolle man heute aber schon eine Grundlage liefern.

Herr Lauterschlag, Leitung des Bereichs 32 – Ordnung und Verkehr –, informiert anschließend mittels einer PowerPoint-Präsentation, die im digitalen Informationssystem einsehbar ist, über den Sachstand der eingeleiteten Maßnahmen mit ordnungsrechtlichem Bezug in Sachen Innenstadtsituation, gibt

aber in Absprache mit der Leitung des Fachbereiches 5-1, Frau David, auch einen Überblick über die Lebenssituation des „Szeneklientels“. Bestandteil seines Vortrages ist die Einschätzung von Stree-work, Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst (KOD). Dabei sei festzustellen, dass die Bewertung der drei Institutionen und die Einschätzung von Bürger:innen und ansässigen Unternehmen auseinanderfalle. Die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden seien zwei verschiedene Dinge. Ferner geht er auf den KOD ein (Stellenumfang, Tätigkeitsschwerpunkte, Befugnisse, Zusammenarbeit mit Aufsuchender Sozialarbeit und Polizei) und gibt einen Überblick über den Lebensraum Diakonie. Schließlich folgt eine rechtliche Einschätzung zur Einrichtung einer Alkoholverbotszone.

Im Rahmen der anschließenden Aussprache werden folgende Wortbeiträge und Fragen vorgebracht:

Ratsmitglied Henze stimmt dem Vorgehen der Hansestadt Lüneburg überwiegend zu und begrüßt, dass die Hansestadt nicht nur repressive sondern auch präventive Ansätze verfolgt. Sie kritisiert jedoch das Fehlen geeigneter Räume in der Innenstadt und spricht sich für Alternativen aus, ohne Menschen zu verdrängen.

Ratsmitglied Gerlach lobt die Einrichtung des KOD und betont die Wichtigkeit gemeinsamer Streifendienste. Aus seinem beruflichen Umfeld weiß er zu berichten, dass andere Städte bereits ein hohes Interesse gezeigt hätten, nachdem sie von der Einrichtung des KOD in Lüneburg erfahren hätten.

Ratsmitglied John fordert ein entschiedeneres Eingreifen, da die Situation Am Sande insbesondere für Kinder und Jugendliche unzumutbar sei, diese könnten das Verhalten der Szene nicht einsortieren. Daraufhin werden kritische Nachfragen zu Alkoholverbotzonen und zum subjektiven Sicherheitsempfinden seitens Ratsmitglied Kabasci gestellt. Ratsmitglied Grimm erinnert an frühere Zeiten mit ähnlichen Situationen am Sande, von denen jüngst in der Presse berichtet wurde, und fragt nach neuen Lösungsansätzen und konkreten Plänen.

Ratsmitglied Neumann stellt zudem klar, dass viele Personen Am Sande nicht obdachlos, sondern untergebracht seien.

Auf die Wortbeiträge antworten Vertreter:innen der Verwaltung:

Frau David, Fachbereichsleiterin 5-1 – Soziales und Integration –, erklärt, dass unter Beteiligung Betroffener alternative Aufenthaltsorte geschaffen und Sozialarbeit intensiviert werde. Sie betont die Komplexität der Lage und verweist auf eine bestehende enge Zusammenarbeit mit der Lebensraum Diakonie und weiteren Partner:innen.

Erster Stadtrat Moßmann reagiert zunächst auf einen Bericht in der Presse, in dem er von einem guten „Miteinander“ gesprochen habe. Hintergrund sei eine Antwort auf eine Presseanfrage gewesen. Vielleicht sei die Begrifflichkeit von ihm nicht ganz glücklich gewesen. Im Kontext der gesamten Antwort sei die Aussage gleichwohl richtig gewesen. Natürlich gebe es immer wieder Zwischenfälle, die letztlich auch zu einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung führten. Die weit überwiegende Zeit komme es aber zu keinerlei Zwischenfällen und Touristen, Besucher, junge wie ältere Menschen, Familien hielten sich genauso wie das Szeneklientel am Sande auf. Dies sei der Kern seiner Aussage gewesen. Er stellt aber auch klar, dass die Lage herausfordernd sei und es mit Sicherheit keine einfache Lösung gebe. Er betont die Bedeutung der aufsuchenden Sozialarbeit als präventiven Baustein zur Lösung des Problems und weist aber auch auf die begrenzten Eingriffsmöglichkeiten bei psychisch auffälligen Personen hin. Zudem erläutert er die rechtlichen Grenzen bei Alkoholverbotzonen.

Herr Lauterschlag, Leitung des Bereichs 32 – Ordnung und Verkehr –, erklärt, dass der Ordnungsdienst Platzverweise ausspreche und bei Bedarf die Polizei hinzugezogen werde.

Ausschussvorsitzende Bendorf erinnert an frühere Entwicklungen wie die ehemalige Substitutionspraxis in Uelzen, die Einfluss auf die Szene gehabt habe. Ratsmitglied John berichtet von einem körperlichen Übergriff und fragt nach Handlungsspielräumen für Sozialarbeiter, woraufhin Frau David erklärt, dass es vernetzte Strukturen gebe, in denen Sozialarbeit, Ordnungsdienst und Polizei abgestimmt agieren. Ratsmitglied Gerlach betont abschließend, dass die Debatte gezeigt habe, dass Einigkeit darin bestehe, dass Verdrängung allein nichts bringe und der gesellschaftliche Wandel – mit mehr

Ängsten und psychischen Erkrankungen – neue Anforderungen stelle. Die Thematik sei komplex und emotional.

zu 7 Anfragen im öffentlichen Teil

Ausschussvorsitzende Bendorf stellt fest, dass es keine Anfragen im öffentlichen Teil gibt.

Der öffentliche Teil endet um 17:27 Uhr.